Stand: 13.12.2025 04:56:52

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/15174

"Bayern-Ei-Skandal endlich lückenlos aufklären, Verantwortliche benennen und die notwendigen Konsequenzen ziehen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/15174 vom 31.01.2017
2. Beschluss des Plenums 17/15249 vom 01.02.2017
3. Plenarprotokoll Nr. 94 vom 01.02.2017

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 31.01.2017 **Drucksache** 17/**15174**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer, Nikolaus Kraus, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Bayern-Ei-Skandal endlich lückenlos aufklären, Verantwortliche benennen und die notwendigen Konsequenzen ziehen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, durch die Verbraucherschutzministerin Ulrike Scharf über folgende Punkte in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz am 16. Februar 2017 zu berichten:

– Wer trägt die Verantwortung für die großen Versäumnisse durch die verspätete bzw. nicht stattgefundene Information der Bevölkerung über die Gefahr, die durch den Verkauf von salmonellenbelasteten Eiern auch in Bayern entstanden ist?
– Von welchem Zeitpunkt an wussten die Behörden über das Ausmaß des Lebensmittelskandals und die Anzahl der Erkrankten Bescheid?
– Haben die Behörden absichtlich Informationen zurückgehalten?
– Welche innerbehördlichen Konsequenzen zieht die Staatsregierung aus den Vorfällen?

Begründung:

Bereits seit fast zwei Jahren sorgt der Lebensmittelskandal rund um die Firma Bayern-Ei für negative Schlagzeilen. In dieser Zeit wäre eine lückenlose Aufklärung seitens der Staatsregierung mehrmals möglich gewesen, doch die Staatsregierung weist jegliche Schuld von sich und lässt alle Beteiligten und die Verbraucher im Unklaren. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Regensburg im Verfahren gegen den ehemaligen Geschäftsführer der Firma Bayern-Ei deuten erneut auf eklatante Versäumnisse durch die Staatsregierung hin und lassen die Aussagen von Verbraucherschutzministerin Ulrike Scharf fragwürdig erscheinen.

Die Staatsregierung muss nun endlich Konsequenzen daraus ziehen und für mehr Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit einstehen. Diese Konsequenzen dürfen nicht durch vermehrte Kontrollen auf dem Rücken der bäuerlichen Familienbetriebe ausgetragen werden, sondern müssen endlich die politisch Verantwortlichen sowie die zuständigen Behörden treffen. Sollte eine umfassende und transparente Aufklärung im Ausschuss nicht erfolgen, muss ein Untersuchungsausschuss die Folge sein.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 01.02.2017 **Drucksache** 17/**15249**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer, Nikolaus Kraus, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 17/**15174**

Bayern-Ei-Skandal endlich lückenlos aufklären, Verantwortliche benennen und die notwendigen Konsequenzen ziehen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm
Abg. Rosi Steinberger
Abg. Harry Scheuenstuhl
Abg. Benno Zierer
Abg. Eric Beißwenger
Staatsministerin Ulrike Scharf
Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet
Abg. Horst Arnold

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayern-Ei: Die Wahrheit muss auf den Tisch (Drs. 17/15168)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Klaus Adelt u. a. und Fraktion (SPD)
Europaweiter Salmonellenausbruch durch Bayern-Ei: Endlich Klarheit durch unabhängige Überprüfung des Behördenhandelns (Drs. 17/15173)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Benno Zierer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bayern-Ei-Skandal endlich lückenlos aufklären, Verantwortliche benennen und die notwendigen Konsequenzen ziehen! (Drs. 17/15174)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Gudrun Brendel-Fischer, Dr. Otto Hünnerkopf u. a. und Fraktion (CSU)
Bericht über mögliche neue Erkenntnisse aus dem Bayern-Ei-Verfahren und Schlussfolgerungen (Drs. 17/15183)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und darf als Erster Frau Kollegin Steinberger das Wort erteilen. Bitte schön, Frau Kollegin.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Ministerin Scharf, lieber Herr Minister Huber, Herr Ministerpräsident! Bayern-Ei und kein Ende. Was ist eigentlich die Wahrheit beim Bayern-Ei-Skandal? Mehrmals schon hat uns Umweltministerin Scharf in den letzten Jahren nicht die Wahrheit gesagt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir, die Opposition, mussten uns immer heftige Vorwürfe anhören, wir wollten uns nur profilieren. Leider sind unsere Befürchtungen immer wieder von der Wahrheit übertroffen worden. Was wurde alles behauptet? Zum Beispiel sagte Frau Scharf, es gebe in Bayern gar keine Eier aus Käfighaltung zu kaufen. Das war falsch. Dann hieß es, es habe keine Gefahr für die Bevölkerung in Bayern gegeben. Das war offensichtlich auch falsch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Staatsanwaltschaft geht inzwischen von 64 Menschen in Bayern aus, die 2014 von dem Ausbruch betroffen waren. Warum ist die Staatsanwaltschaft darauf gekommen und nicht die zuständigen Behörden? Das muss man auch einmal fragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fragen uns auch – verzeihen Sie das Wortspiel –, wie viele faule Eier uns die Staatsregierung noch präsentieren wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wie lange soll noch der Anschein erweckt werden, bei Bayern-Ei sei alles in Ordnung gewesen? Sie finden immer eine Ausrede. Nun heißt es in der letzten Klarstellung des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, dass zur Übereinstimmung der Isolate noch ein epidemiologischer Nachweis geführt werden muss. Im Klartext heißt das: Die Salmonellenstämme waren überall die gleichen, aber die betroffenen Menschen in Bayern hätten sich daran erinnern sollen, ob sie Eier von Bayern-Ei gegessen haben. Am besten hätten sie noch die Schachtel parat haben sollen. Um Himmels willen! Wie viele Beweise hätte es denn im Sommer 2014 noch gebraucht, um einen Zusammenhang herzustellen?

(Beifall bei den GRÜNEN)

In Wahrheit war halb Europa in Aufruhr, weil es Hunderte von Erkrankungen gegeben hat. Man kannte die Quelle. Sie war in Niederbayern bei der Firma Bayern-Ei, die noch dazu einem einschlägig bekannten Besitzer gehört. Da hätte man eingreifen müssen, Herr Huber.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn die Quelle bekannt ist, könnte man meinen, dass Maßnahmen ergriffen werden, damit das Krankheitsgeschehen aufhört. Die Infektionen haben aber noch lange nicht aufgehört. Die Österreicher haben noch im September zu Recht gefragt, wie es denn sein kann, dass immer noch Eier im Umlauf sind, obwohl es doch schon lange zuvor einen positiven Befund gegeben hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Antwort ist ganz einfach: Am Standort Aiterhofen hat es vom 4. August bis zum 1. September gedauert, bis der Betrieb geschlossen wurde. Millionen von Eiern, die für die Bevölkerung nicht sicher waren, waren damals noch im Umlauf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben es satt! Das sage ich ganz ehrlich. Wir sind alle Beschwichtigungen leid; denn am Ende wurden Sie immer wieder von den Medien überführt, dass Sie uns nicht die ganze Wahrheit gesagt haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie behaupten immer, Sie hätten keine andere Wahl gehabt, Sie hätten gar nicht warnen dürfen. Das stimmt nicht. Sie hatten die Wahl zwischen Verbraucherschutz und Rücksicht auf den Eigentümer. Sie haben sich für den Hühnerbaron entschieden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben alle Anzeichen und Warnhinweise ausgeblendet. Verbraucherschutz sieht aus unserer Sicht ganz anders aus. Liebe Kolleginnen und Kollegen, für uns ist eines klar: Das Krisenmanagement 2014 war eine Katastrophe.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es hilft nichts, wenn Sie immer wieder Ihre Unschuld betonen. Inzwischen wäre ein wenig Demut angebracht, meinen Sie nicht, Herr Huber?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Herr Minister Huber, Sie betrifft das Krisenmanagement. Sie haben die damaligen Versäumnisse zu verantworten. Aus dieser Nummer kommen Sie auch nicht mehr heraus.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die jetzt amtierende Verbraucherschutzministerin heißt Ulrike Scharf. Sie sind mit der Aufklärung des Skandals gefordert. Frau Scharf, dabei haben Sie leider auf ganzer Linie versagt.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich weiß nicht, ob Sie die Hintergründe kannten, als Sie mit uns gesprochen haben. Als Ministerin müssen Sie jedoch Bescheid wissen. Als Ministerin ist es Ihre Aufgabe, die Verbraucherinnen und Verbraucher zu schützen. Bisher sehe ich leider schwarz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Scharf, gestern haben Sie beim Neujahrsempfang Papst Franziskus zitiert. Sie sagten, man brauche drei Eigenschaften: Ehrlichkeit, Mut und Verantwortlichkeit. Genau das sollten Sie sich jetzt zu Herzen nehmen: Ehrlichkeit bei der Aufklärung, Mut, um Fehler zuzugeben, und Verantwortung, um die Zustände deutlich zu verbessern.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag. Den Berichtsanträgen von der CSU und den FREIEN WÄHLERN werden wir zustimmen. Interessant ist, dass die CSU-Fraktion inzwischen ebenfalls erhebliche Wissenslücken festgestellt hat. Beim Antrag der SPD werden wir uns der Stimme enthalten, weil wir die Einsetzung eines Sonderermittlers nicht für den richtigen Weg halten. Das Parlament sollte sich das Heft des Handelns nicht aus der Hand nehmen lassen.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt hat Herr Kollege Scheuenstuhl das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Harry Scheuenstuhl (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Im Jahr 2014 gab es durch die Firma Bayern-Ei einen europaweiten Salmonellenausbruch. Dieser Salmonellenausbruch ist von der Bayerischen Staatsregierung fast ein Jahr lang vertuscht und geheim gehalten worden.

(Beifall bei der SPD)

Er wäre nie bekannt geworden, wenn er nicht vom "Bayerischen Rundfunk" und von der "Süddeutschen Zeitung" aufgedeckt worden wäre. Deswegen danke ich an dieser Stelle besonders unserem Fraktionssprecher Markus Rinderspacher, der uns unterstützt. Ich danke auch meinem Kollegen Florian von Brunn, den ich heute hoffentlich würdig vertrete.

(Widerspruch bei der CSU – Beifall bei der SPD)

Vor rund drei Wochen hat die Staatsanwaltschaft Regensburg mitgeteilt, dass sie Anklage gegen den Ex-Bayern-Ei-Geschäftsführer Stefan Pohlmann erhoben hat. Dem Beschuldigten wird unter anderem Körperverletzung mit Todesfolge und gefährliche

Körperverletzung zur Last gelegt. Kolleginnen und Kollegen von der CSU, das brauche ich nicht zu wiederholen. Seit der letzten Woche liegen zum ersten Mal amtliche Zahlen dazu vor.

(Widerspruch bei der CSU)

– Ein gesicherter Todesfall. Macht euch nur lächerlich. – In Europa gab es 187 Erkrankte, davon 86 in Deutschland und 64 in Bayern. Diese Zahlen stammen von der Staatsanwaltschaft, nicht von der SPD, nicht von der Staatsregierung – das ist enttäuschend – und schon gar nicht von der verantwortlichen Ministerin, Frau Scharf. Im Gegenteil, Frau Scharf hat im Plenum am 10. Juni 2015 noch forsch erklärt, dass es in Bayern kein erhöhtes Salmonellengeschehen gegeben habe. Das ist scheinbar ein Fachbegriff. Sie sagte wörtlich: "Ich stelle hier klar: Es hat in Bayern keine Anzeichen für ein erhöhtes Salmonellengeschehen gegeben." Sie hat auf den Zwischenruf "Das werden wir an dieser Stelle festhalten" geantwortet: "Halten Sie es fest."

(Markus Rinderspacher (SPD): Hört, hört!)

Das wurde gemacht. Frau Scharf, heute halten wir fest, dass Sie nicht die Wahrheit gesagt haben. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das war nicht das erste Mal. Nur einen Tag später im Umweltausschuss sagte sie, dass es keinen Grund für eine öffentliche Warnung gegeben habe. Die Eier hätten als Handelsklasse A in Bayern an den Endverbraucher gelangt sein müssen. Der Verbraucher hätte gefährdet sein müssen. Beides sei zu keinem Zeitpunkt der Fall gewesen. Was gilt nun? Das wirft die interessante Frage auf, wie sich 64 Menschen infiziert haben, ohne mit den Eiern in Berührung zu kommen. Diese Aussage war ebenfalls nicht wahr. Allerdings hat sich die Ministerin beim Verheimlichen in guter Gesellschaft befunden. Der Präsident des Landesamtes für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit, Herr Dr. Zapf, hatte schon im Mai 2015 in einem Interview im Bayerischen Rundfunk gesagt, dass wir in den letzten beiden Jahren keine größeren Ausbrüche gehabt hätten. Ich sage dazu: Es gab einen Toten.

Frau Scharfs Amtschef ließ sich am 1. Juli 2015 nicht lumpen und sagte im Umweltausschuss: "... wir hatten zwar ein europaweites Krankheitsgeschehen, nicht aber in Bayern." – Das ist schlichtweg nicht wahr. Am 20. Oktober 2015 schickte die Ministerin eine Antwort auf eine Schriftliche Anfrage: In den Jahren 2014 und 2015 ist jeweils nur ein Mitarbeiter der Firma Bayern-Ei als Salmonellenträger erkannt worden. Ich wiederhole: Ein Toter.

Ihr Vorgänger und der verantwortliche Minister während des Ausbruchs, Herr Marcel Huber, wollte nicht zurückstecken. Am 14. Januar 2016 erklärte er im Umweltausschuss, man müsse ihm als ehemaligen Tierarzt glauben, dass er den Namen Pohlmann und dessen Vorgeschichte vorher nicht gekannt habe.Ich war selbst dabei.

(Staatsminister Dr. Marcel Huber: Zweifeln Sie das an?)

– Ich habe Ihre Aussage. Schauen Sie es im Protokoll nach.

(Staatsminister Dr. Marcel Huber: Das ist die Wahrheit!)

Bereits im Jahr 2012 wurde im Fernsehen schon über Hygienemängel und Tierquälerei in Bayern berichtet. Zu dem vermehrten Auftreten des für Bayern-Ei typischen Salmonellentyps sagte Marcel Huber im Januar 2016: Das ist etwas, was man sich anschauen sollte.

(Jürgen W. Heike (CSU): Na und?)

– Ich hätte etwas mehr Schmackes und Dampf erwartet.

Diese Äußerungen stehen vor dem Hintergrund – jetzt kommt das Entscheidende –, dass das Robert-Koch-Institut bereits im Juli 2014 auf eine erhöhte Zahl von Salmonelleninfektionen hingewiesen hatte. Zusammen mit dem Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit wurde entschieden, alle Salmonellen-Erkrankungen in Bayern zu erfassen und zu typisieren. Schon am 24. August 2014 konnten mindestens

sieben Erkrankungsfälle in Deutschland sogar molekularbiologisch mit Bayern-Ei in Verbindung gebracht werden.

Zuerst sollte alles unter den Teppich gekehrt werden. Als dies misslang, wurde versucht, den Landtag und die Öffentlichkeit mit Unwahrheiten hinters Licht zu führen und gezielt Verwirrung zu stiften. Frau Scharf ging sogar so weit, der Opposition Falschaussagen vorzuwerfen. Sie kündigte in der schon erwähnten Plenarsitzung an: Ich will keine politischen Winkelzüge. Ich möchte Fakten und vor allem die Wahrheit. Die Wahrheit haben wir jetzt von der Staatsanwaltschaft erfahren. Das ist aus heutiger Sicht schon fast lustig, wenn man es für lustig halten könnte.

Was hat Ministerpräsident Seehofer selbst Anfang Dezember 2015 öffentlich in einem Rundfunkinterview des Bayerischen Rundfunks versprochen? – Er sagte: Der Fall Bayern-Ei müsse schonungslos und ohne Ansehen von Institutionen und Personen aufgeklärt werden. – Jawohl, das wollen wir. Wir wollen schonungslose Aufklärung.

(Beifall bei der SPD)

Zwar weiß ich nicht, was der Herr Ministerpräsident darunter versteht, aber ich habe zum Ausdruck gebracht, was ich darunter verstehe. Diese Staatsregierung ist in Wahrheit weder willens noch in der Lage, ihren eigenen Skandal aufzuklären und die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Deshalb fordern wir einen Sonderermittler mit Fachverstand im Lebensmittelrecht, der das Behördenhandeln untersucht und bewertet. Er soll jeden Stein im Ministerium und im Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit umdrehen. Ich hoffe, das wird nicht abgelehnt.

(Beifall bei der SPD)

Ansonsten behalten wir uns weitere parlamentarische Schritte vor.

Eine Ministerin, die den Landtag und die Öffentlichkeit dreist mehrfach falsch informiert und Unwahrheiten verbreitet, kann nicht im Amt bleiben.

(Beifall bei der SPD)

Zeigen Sie Demut. Klären Sie, soweit es noch geht, auf. Geben Sie dann Ihr Amt auf.Das Gleiche gilt natürlich für das Ministerium und das LGL. Auch hier muss aufgedeckt werden, und Vertuschungs- und Verleugnungsstrategien müssen entfernt werden. Die Bevölkerung will die Wahrheit wissen. Deshalb müssen wir aus den Fehlern, die offensichtlich gemacht worden sind, lernen. – Wir werden den Anträgen der GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER zustimmen. Beim Antrag der CSU hätte ich ein bisschen Bauchgrimmen gehabt. Aber wie vorhin bereits erwähnt, freuen wir uns, dass auch sie mehr wissen will.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke. – Jetzt darf ich Herrn Kollegen Zierer das Wort erteilen.

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen und – das mit Betonung – Verbraucherschutzministerin Scharf! Wir haben an dieser Stelle und im Ausschuss schon öfter, als uns lieb war, über das Thema Bayern-Ei gesprochen. Aber immer wieder kommen neue Aspekte ans Licht, und immer wieder werden neue Fragen aufgeworfen. Deshalb müssen wir die Frage stellen: Haben die Behörden bis hinauf ins Ministerium wirklich alles getan, um die Menschen vor der Salmonellen-Gefahr von Bayern-Ei zu schützen? Das zu glauben fällt schwer, wenn man schon nicht den Eindruck hat, dass alles getan wurde, um das gesamte Ausmaß dieses Skandals aufzudecken. Offenkundig waren vor allem Sie, Frau Ministerin, nicht fähig oder hatten kein Interesse daran, die Öffentlichkeit umfassend zu informieren, weil Sie damals von Ihrem neuen Ministerium und den nachgelagerten Behörden gar nicht oder vielleicht falsch informiert wurden, oder weil Sie vielleicht Ihr eigenes Haus an der Nase herumgeführt hat.

Meine Damen und Herren, ein Verdacht drängt sich auf, und zwar immer stärker: Hat Herr Ministerpräsident Seehofer seinen Zögling Marcel Huber aus dem Spiel genom-

men, als die Bayern-Ei-Affäre aufflammte und es im Umweltministerium brenzlig wurde?

(Unruhe bei der CSU)

– Ich bitte bei diesem Thema um die nötige Ernsthaftigkeit.

(Lachen bei der CSU – Zurufe von der CSU)

Hat er ihn in der Staatskanzlei unter seinen schützenden Rock genommen und stattdessen Sie, Frau Scharf, ins Feuer geschickt nach dem Motto: Soll sich doch lieber die Startbahngegnerin die Finger verbrennen als der CSU-Hoffnungsträger Huber?

(Widerspruch bei der CSU)

Ja, auch wir denken über gewisse Themen nach.

(Thomas Kreuzer (CSU): Aber ohne Erfolg! – Weitere Zurufe von der CSU)

Aus welchem Grund auch immer – die Menschen in Bayern haben von Ihnen nicht die Wahrheit erfahren. Sie haben immer betont, es besteht keine Gefahr für die Menschen in Bayern. Sie haben gesagt, die Eier von Bayern-Ei gibt es bei uns nicht im Laden. Hinter dieser Darstellung können Sie sich nicht verstecken. Was Sie gesagt haben, war nachweislich falsch. Es war für die betroffenen Verbraucher im Einzelfall sogar tödlich.

(Zuruf von der CSU: Ach nein!)

– Ja, selbstverständlich. Hier steht vorsätzliche Körperverletzung im Raum.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, ich darf Sie einmal einen Augenblick unterbrechen. Wir führen die Debatte sehr, sehr ernsthaft, und die Unschuldsvermutung gilt auch hier.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte jetzt wirklich, dass wir uns hier so verhalten, wie wir uns immer verhalten. Ich bitte, bei der Debatte, die jetzt weiterhin geführt wird, die Unschuldsvermutung zu berücksichtigen.

(Jürgen W. Heike (CSU): Sehr gut! – Beifall bei der CSU)

Benno Zierer (FREIE WÄHLER): Ich danke für den Hinweis, Frau Präsidentin. Aber ich denke, angesichts der Ernsthaftigkeit, mit der wir die Diskussion führen sollten, ist es durchaus angebracht, darüber nachzudenken, warum gewisse Dinge nicht funktioniert haben.

(Zuruf von der CSU: Wie am Stammtisch! – Weitere Zurufe von der CSU)

Es passt auch ins Bild, dass das LGL nun in einer "Klarstellung" auf seiner Homepage schreibt, dass die Lieferketten in Bayern bis auf die Ebene des Einzelhandels verfolgt wurden. Ja, dann hätte man doch wissen können, wohin die Eier gegangen sind. Im Übrigen lässt die "Klarstellung" alles im Unklaren; das war keine Klarstellung. Medienrecherchen sagen etwas ganz anderes aus.

Die entscheidende Frage ist auch, wann man damit begonnen hat, Lieferketten zu verfolgen. War das während des Ausbruchs 2014, oder war es viel später?

Sie, Frau Ministerin, haben nie gesagt, dass es in Bayern Krankheitsfälle gab, die mit Bayern-Ei zusammenhängen. Sie, Ihr Amtschef und der LGL-Präsident haben nie direkt gesagt, dass Bayern von dem Ausbruchsgeschehen betroffen war. Das Ziel war klar: die Sache zu verharmlosen und herunterzuspielen. Am Anfang war von 17 Betroffenen in Bayern die Rede; aber es konnte kein eindeutiger Bezug nachgewiesen werden. Die Staatsanwaltschaft spricht mittlerweile von 64 Fällen und kann in 13 Fällen sogar genau sagen, wo sich die Menschen die Infektion geholt haben. Wieso konnten das die Kontrollbehörden in Bayern nicht? Oder konnten sie es, und die Öffentlichkeit sollte es nicht erfahren?

Jeder Krankheitsfall und natürlich vor allem jeder Todesfall war einer zu viel, egal, ob in Bayern, Österreich oder Frankreich. Sie hätten sich vielleicht verhindern lassen, wenn bei einer Firma, die ja beileibe nicht als Musterbetrieb bekannt war, von Anfang an genauer hingeschaut worden wäre. Die Firma Pohlmann ist ja in ganz Deutschland sehr gut bekannt. Jeder kennt sie, und ein Politiker – davon gehe ich aus – kennt sie auch.

Meine Damen und Herren, sollte sich herausstellen, dass Marcel Huber von der Bayern-Ei-Affäre frühzeitig Bescheid wusste und aus der Schusslinie gebracht wurde, sollte sich herausstellen, dass Ministerin Scharf von ihrem neuen Haus nicht umfassend informiert worden ist und deshalb die Wahrheit nicht sagen konnte, und sollte sich herausstellen, dass letzten Endes durch eine Personalrochade Menschenleben aufs Spiel gesetzt wurden,

(Thomas Kreuzer (CSU): Herr Kollege!)

handelt es sich um einen Regierungsskandal erster Güte.

(Zurufe von der CSU – Unruhe)

Dieser Skandal endet dann politisch nicht bei der Frau Ministerin Scharf, sondern geht über Marcel Huber weiter direkt zu unserem Ministerpräsidenten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Gut gemeinte Ratschläge haben leider nichts geholfen. – Lieber Herr Kollege Beißwenger, Sie sind jetzt an der Reihe. Bitte schön, Herr Kollege.

Eric Beißwenger (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, liebe Kollegen! Mit einer Pressemitteilung vom 10. Januar 2017 informierte die Staatsanwaltschaft Regensburg über die Anklageerhebung gegen den ehemaligen Geschäftsführer im Fall Bayern-Ei. Die Staatsanwaltschaft legt ihm Körperverletzung

mit Todesfolge, gefährliche Körperverletzung, vorsätzliches Inverkehrbringen gesundheitsschädlicher Lebensmittel, gewerbsmäßigen Betrug, unerlaubtes Betreiben einer Anlage und Tierquälerei, also ein offensichtlich kriminelles Verhalten, zur Last. Die Verbraucher in Bayern haben ein Anrecht auf sichere Lebensmittel. Ich will das ganz klar differenzieren. Die Verbraucher haben auch Verantwortung. Verbraucher sind zum Beispiel mit ihrem Kaufverhalten mit dafür verantwortlich, wie die Landwirtschaft in Bayern aussieht. Bei der Lebensmittelsicherheit allerdings liegt die Verantwortung zunächst bei Erzeugern und Verarbeitern. Ich sage hier bewusst: Ich will mich vor all die redlichen Bauern und Landwirte stellen, die täglich ordentlich ihre Arbeit machen.

(Beifall bei der CSU)

Weil ein Agrarindustrieller, offensichtlich ein schwarzes Schaf, kriminelle Machenschaften, so könnte man sagen, an den Tag gelegt hat, dürfen wir nicht alle verunglimpfen. Falls aber die Lebensmittelerzeugung nicht auf dem Niveau funktioniert, wie wir es uns erwünschen, sollten natürlich die notwendigen Kontrollen greifen. Hier muss unsere Bevölkerung die größtmögliche Sicherheit haben. Eine hundertprozentige, eine absolute Sicherheit wird es kaum geben können. Lebensmittelsicherheit hat allerdings für uns die absolut höchste Priorität.

(Markus Rinderspacher (SPD): Na ja!)

Aus diesem Grund kommt es auch zu den bekannten Umstrukturierungen der lebensmittelrechtlichen Kontrollen.

Wir sind von den Vorgängen erschüttert und betroffen, aber auch entschlossen, den Fall Bayern-Ei aufzuklären und die aus den Ergebnissen der Ermittlungen resultierenden Schlüsse zum Wohle der Verbraucher zu ziehen. Wir wollen, dass die Staatsregierung berichtet, ob den bayerischen Verbraucherschutzbehörden durch das Verfahren gegen den ehemaligen Geschäftsführer der Firma Bayern-Ei neue Erkenntnisse zum Salmonellen-Geschehen im Jahr 2014 bekannt geworden sind und, wenn ja, natürlich welche.

Weiterhin soll die Staatsregierung berichten, ob sich daraus Schlussfolgerungen zur weiteren Verbesserung der Lebensmittelüberwachung in Bayern ableiten lassen, weil die Lebensmittelsicherheit natürlich auch in die Zukunft gedacht werden muss.

Den Ermittlungsbehörden stehen grundsätzlich weitergehende Befugnisse im Vergleich zur Lebensmittelüberwachung und weitere Instrumente zur Verfügung.

(Horst Arnold (SPD): Nein!)

Sollte das Gericht das Hauptverfahren eröffnen, könnten im Verfahren gefundene neue Erkenntnisse über die Vorgänge bei der Firma Bayern-Ei zur weiteren Verbesserung der Lebensmittelkontrollen in Bayern herangezogen werden. Das heißt, wir wollen alles genau prüfen, um danach unsere Schlussfolgerungen zu ziehen. Jeder von uns will die Aufklärung des Sachverhaltes – alles im Sinne des Verbraucherschutzes. Vorfestlegungen lehnen wir allerdings ab.

(Beifall bei der CSU)

Wir bitten um Zustimmung zu unserem Antrag und lehnen die Anträge der Opposition ab. – Danke.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. – Jetzt hat für die Staatsregierung Frau Staatsministerin Scharf das Wort. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in der Politik eine besondere Verantwortung gegenüber den Menschen, erst recht, wenn es um sichere Lebensmittel und die persönliche Gesundheit geht. Bei allem Verständnis für politischen Ehrgeiz appelliere ich heute noch einmal an die Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses: Nehmen wir diese Verantwortung auch wahr, betreiben wir Sachpolitik und orientieren wir uns an den Fakten

(Lachen bei der SPD)

und nicht an Vermutungen. Verzichten wir auf eine Politik der Verunsicherung.

(Beifall bei der CSU)

Die Beiträge der Opposition sind einmal mehr eine Orgie von Verzerrung und Verfälschung.

(Thomas Gehring (GRÜNE): Das ist eine Orgie von Fakten!)

Ich frage mich wirklich: Verstehen Sie den Sachverhalt nicht – er ist nicht einfach –, oder wollen Sie ihn nicht verstehen?

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, uns liegt die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Regensburg nicht vor, aber ich sage: Jede zusätzliche Erkenntnis der Staatsanwaltschaft ist für uns hilfreich. Erinnern wir uns: Die Staatsanwaltschaft hat jetzt mehr als zwei Jahre Ermittlungsarbeit hinter sich. Sie hat den Verdacht – ich zitiere aus der Pressemitteilung vom 30. Januar –, dass "187 Personen an einer Salmonelleninfektion erkrankten", die auf den Verzehr von Eiern zurückzuführen sei, die aus den Betriebsstätten der Firma Bayern-Ei stammten. Davon sollen 86 Fälle in Deutschland sein. 64 Personen sollen ihren Wohnsitz in Bayern haben. Allerdings teilt die Staatsanwaltschaft auch mit, dass sich – ich zitiere noch einmal – "nur in 18 dieser Fälle" ein Infektionsort habe ermitteln lassen, davon 13 in Bayern. In den übrigen Fällen sei der Infektionsort nicht bekannt.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Wie Sie das so runterspielen – Wahnsinn!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Staatsanwaltschaft bewertet strafrechtlich relevantes Verhalten. Sie bewertet aufgrund einer Ex-post-Betrachtung, das heißt, im Nachhinein. Sie nimmt sich zu Recht sehr viel Zeit für die Ermittlungen, und sie hat vor allen Dingen das volle Spektrum an Maßnahmen und Möglichkeiten, etwa Telefonüberwachung, umfassende Mitarbeiterbefragung, Befragung von Zeugen und vieles

mehr. Das heißt: Natürlich kann die Staatsanwaltschaft zu neuen Erkenntnissen kommen. Welchen Sinn neben dem laufenden Justizverfahren ein Sonderermittler haben soll, bleibt das Geheimnis der SPD.

Die Überwachungsbehörden hingegen sind für die Gefahrenabwehr zuständig. Sie müssen auf der Grundlage des jeweiligen Kenntnisstandes in einem laufenden Geschehen schnell und vor allen Dingen rechtssicher handeln; denn mögliche Gefahren für die Menschen erfordern eine konsequente Reaktion. Eine solche Konsequenz kann beispielsweise das Umstellen eines A-Eier-Betriebes auf B-Eier sein.

Wir haben das bereits umfassend aufgearbeitet, und ich wiederhole noch einmal: An der Bewertung des Handelns der Veterinär- und Lebensmittelsicherheitsbehörden vom Sommer 2014 hat sich auch nach unserem heutigen Kenntnisstand nichts geändert. Auch nach mehrfacher Überprüfung bleibt es bei der Feststellung, dass die Behörden die ergriffenen Maßnahmen im Sommer 2014 nach geltendem Recht und Gesetz ergriffen haben.

Ich wiederhole noch einmal: Eine bayernweite öffentliche Warnung der Verbraucher ist an fachliche und vor allen Dingen an rechtliche Voraussetzungen geknüpft. Diese Voraussetzungen lagen nicht vor. An der Einschätzung des LGL hat sich bis zum heutigen Stand nichts geändert. Damals konnte der Nachweis nicht erbracht werden, dass Eier der Firma Bayern-Ei für Salmonellenerkrankungen in Bayern ursächlich waren. Das LGL hat mehrfach ausgeführt, dass neben dem mikrobiologischen Befund, der als alleiniger Nachweis nicht ausreichend ist, auch ein epidemiologischer Nachweis notwendig ist. Sollte das laufende Justizverfahren weitere Erkenntnisse ergeben, prüfen wir diese und werden dem Landtag darüber berichten.

Für die Befragung der Erkrankten, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind die Gesundheitsbehörden zuständig, die vom LGL eingeschaltet wurden. Die Gesundheitsbehörden haben diesbezüglich Nachforschungen angestellt. Aus den Fragebögen der Erkrankten, die dem LGL in diesem Zusammenhang von den Gesundheitsbehörden in

anonymisierter Form übermittelt wurden, ergab sich in keinem Fall ein Hinweis auf eine konkrete Infektionsquelle oder gar ein Hinweis auf die Firma Bayern-Ei.

Anders ist die Situation in Frankreich und in Österreich. Dort gab es Ausbruchscluster. Das erleichterte die Aufklärung wesentlich. Ein Ausbruchscluster stellt etwa eine Feier dar, nach der viele Menschen erkranken. Dort hat man Eier der Firma Bayern-Ei gefunden. Auf den Eiern steht die Kennung des Betriebs. Sie wissen, dass uns die ausführliche lange Nummer auf den Eiern genau nachverfolgen lässt, aus welchem Betrieb diese kommen. Durch den Fund der Eier und das Ausbruchscluster konnte die Verbindung zu Bayern-Ei hergestellt werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Ausschussmitglieder unter Ihnen erinnern sich: Ich habe die Falschbehauptungen des verbraucherschutzpolitischen Sprechers der SPD am 14. Januar letzten Jahres ebenso umfassend wie unwidersprochen richtiggestellt. Sie können das in den Protokollen des Landtags gern nachlesen.

Eines ist klar: Lebensmittelsicherheit ist nichts, was man einmal regelt und dann abhakt, sondern Lebensmittelsicherheit ist ein Dauerauftrag im Dienste der Menschen. Diesen Auftrag nehme ich an, und zwar ernsthaft. Ich habe eine Vertrauensperson Lebensmittelsicherheit zur Entgegennahme von vertraulichen Hinweisen und einen Expertenrat Lebensmittelsicherheit berufen. Ich habe das Programm "Gute Lebensmittel aus Bayern" aufgelegt. Wir haben die größte Strukturreform auf den Weg gebracht, seit es die staatliche Veterinärverwaltung und Lebensmittelüberwachung in Bayern gibt. Eine neue zentrale Kontrollbehörde wird in Zukunft komplexe Betriebe, im Übrigen auch Geflügelgroßbetriebe, kontrollieren und für noch mehr Sicherheit für die Verbraucher sorgen.

Ich danke für die Unterstützung bei diesem wirklich wichtigen Zukunftsprojekt. Wir werden gemeinsam neue Wege in der Lebensmittelsicherheit gehen, gerne eines Tages auch mit den Kolleginnen und Kollegen der Opposition, auch gern im Wettstreit um die besten Ideen, aber nicht im Modus der persönlichen Verunglimpfung.

Ich bitte um Annahme des Dringlichkeitsantrags der CSU und um Ablehnung der vorliegenden Dringlichkeitsanträge der Opposition. Die Opposition unterstellt erst ein Fehlverhalten, das es nicht gibt, und fragt dann nach den Gründen dafür. Einen Sonderermittler lehnen wir ab. Die Ergebnisse des Justizverfahrens bleiben abzuwarten. Die Sachfragen aus dem Antrag der GRÜNEN werden wir natürlich schriftlich beantworten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Bleiben Sie bitte noch da. Frau Steinberger hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Rosi Steinberger (GRÜNE): Frau Ministerin, ich weise entschieden von mir, dass die Opposition bzw. die Fraktion der GRÜNEN aus politischem Ehrgeiz handelt.

(Lachen bei der CSU – Staatsministerin Ulrike Scharf: Fühlen Sie sich angesprochen?)

Im Gegensatz zu Ihnen – das möchte ich fast sagen – sind wir an den Fakten orientiert. Wir haben sehr viele Fakten aufgezählt. Wenn Sie uns unterstellen, wir würden nur verzerren und verdrehen, reden Sie einen Untersuchungsausschuss geradezu herbei. Wir lassen uns nicht gefallen, von Ihnen geradezu beschimpft zu werden. Wir wollen wirklich Aufklärung.

Damit wir bei den Fakten bleiben, habe ich eine Frage an Sie, und ich bitte Sie, mir diese konkret zu beantworten. Zwischen dem 18. und dem 29. August gab es ganz viele bilaterale Anfragen aus Frankreich, aus Österreich und aus dem Vereinigten Königreich. Alle wollten wissen: Was ist eigentlich los mit den Eiern von Bayern-Ei? Wie sind die Lieferbeziehungen? Das LGL hat sehr viel gemacht, aber anscheinend haben Sie im eigenen Land nicht hingeschaut. Ich möchte Sie fragen: Finden Sie es in Ordnung, dass in der Zeit, in der das LGL täglich Anfragen beantworten musste, die Firma

Bayern-Ei in Aiterhofen weiter Eier ausliefern durfte? Wieso haben Sie diesen Betrieb in dieser Zeit nicht gesperrt? Denn spätestens dann hätten Sie wissen müssen, was in ganz Europa los ist. Sie aber haben zugeschaut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Frau Kollegin Steinberger, alle diese Details haben wir in drei Ausschusssitzungen, mehrfach im Plenum, in zig Anfragen – seien es Schriftliche Anfragen oder Anfragen zum Plenum – beantwortet. Ich verweise auf die Protokolle und möchte Sie nur noch kurz daran erinnern, dass wir nun abwarten, was die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen bzw. das Justizverfahren uns bringen wird. Ich werde dann gerne erneut berichten. Ihre Fragen – das habe ich eben zugesagt – werden wir natürlich gerne schriftlich beantworten.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Staatsministerin, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Der Kollege Arnold hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Horst Arnold (SPD): Frau Staatsministerin, ich habe zwei Fragen. Habe ich Sie richtig verstanden, dass das Umweltministerium bisher keine Kenntnis von der Anklageschrift hatte? Ist da keine Mitteilung in Strafsachen an das Umweltministerium erfolgt, dass in diesem Zusammenhang Anklage erhoben worden ist? Können Sie das noch einmal bestätigen, dass Sie tatsächlich keine Kenntnis vom Anklagesachverhalt haben und das möglicherweise nur aus der Presse erfahren haben?

Der zweite Punkt ist mir noch wichtiger. Sie sagen, Sie seien als Gefahrenabwehrbehörde tätig. Wenn immer mehr Erkrankungen auftreten, wann ist dann die Grenze erreicht, das heißt, wo ist die Gefahr so konkret geworden, dass man repressiv handeln muss? Das ist genau der Punkt. Die Staatsanwaltschaft hat Mittel und Möglichkeiten, repressiv tätig zu werden, aber doch nicht mehr und nicht weniger als diejenigen, die vor Ort die Kontrollen durchführen. Ist da kein Abstimmungsbedarf gegeben? Und ist

es in dem Zusammenhang einfach zu vernachlässigen, wenn Sie sagen, die Staatsanwaltschaft habe repressiv die besseren Möglichkeiten als diejenigen, die die Gefahr abwenden sollen? Da stimmt doch grundsätzlich etwas am System nicht.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke, Herr Kollege. – Frau Staatsministerin, Sie haben das Wort.

Staatsministerin Ulrike Scharf (Umweltministerium): Zu Ihrer ersten Frage, Herr Kollege! Die Anklageschrift liegt uns nicht vor. Wir kennen die Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft Regensburg vom 10. Januar genauso wie Sie alle.

Zu Ihrer zweiten Frage: Es gibt jährlich in Bayern gut 2.000 Salmonellenerkrankungen. Wir kontrollieren. Es gibt sogenannte Signalwerte, bei denen uns das Robert-Koch-Institut darauf aufmerksam macht, dass ein Signalwert an Erkrankungen erreicht ist. Das ruft das LGL auf den Plan, das dann diesen Hinweisen nachgeht. Es bittet dann die Gesundheitsämter vor Ort, diesen Erkrankungen nachzugehen, wie ich das vorhin bereits geschildert habe. Es werden Fragebögen ausgeteilt, und die Erkrankten haben die Möglichkeit, diesen Fragebogen freiwillig auszufüllen und zurückzusenden. Aus diesen Erkenntnissen – das ist die zweite Schiene – können wir den Weg des Ausbruchsgeschehens aufzeigen bzw. wer die Hersteller sind. Die Laborergebnisse und die Befragungen können also einen Rückschluss darauf geben, woher der Ausbruch kommt.

Das ist unser System. Ich bitte, das zur Kenntnis zu nehmen. Darüber hinaus bitte ich Sie, doch die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft abzuwarten, und dann werde ich gerne erneut im Landtag berichten. Wie es Kollege Beißwenger bereits betont hat, haben wir alle Interesse an der Aufklärung der Sache.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Staatsministerin. – Weitere Wortmeldungen liegen uns nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/15168 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Gegenstimmen! – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 17/15173 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktion der SPD. Gegenstimmen! – Die Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER. Stimmenthaltungen? – Das ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/15174. Wer dem die Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen am Schluss zum Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf Drucksache 17/15183. Wer dem seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen! – Ich sehe keine. Stimmenthaltungen? – Auch nicht. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.